Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

HC 1542 : 75 (1997)

E D I T O R I A L

Weg mit den unproduktiven Ausgaben!
Lenin 1922

The proof of the pudding is its eating.
Englisches Sprichwort

Als EinwohnerInnen dieses Landes haben wir in wichtigen Lebensbereichen keine andere Wahl, als auf die öffentliche Hand zurückzugreifen. Innere und äussere Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen, Umweltschutz: nur rund zehn Prozent der Schweizer Bevölkerung vermögen sich dies aus eigener Kraft und privat zu garantieren. Und auch diese zehn Prozent können sich vorläufig keine eigene Justiz leisten. Der Staat und seine Konkretisierung, die Verwaltung, können uns also nicht egal sein. Nicht deren Gestaltung und nicht die Kosten dafür.

Unter dem Joch der sieben mageren Jahre befasst sich die Verwaltung wieder einmal mit sich selbst. Das neue, im angelsächsischen Raum der achtziger Jahre geschaffene Credo heisst New Public Management (NPM). Sein Heil liegt in der Effizienz, seine Gefahr im Demokratieabbau. Gegen Verkrustung der Staatsapparate soll es helfen, die KundInnenfreundlichkeit fördern und dabei sparsam sein – den demokratischen Umverteilungsstaat zum Skelett verschlanken soll es: obwohl noch in keinem öffentlich zugänglichen Rechenschaftsbericht sauber und vor allem konkret dargestellt, gibt es verschiedene Erwartungen und Befürchtungen an und um dieses NPM. Es gibt eine Flut von Literatur über das Thema, klare politische, gar parteipolitische Positionen sind aber schwer zu kriegen. In unserer Bewegung und bei den uns nahe Stehenden gibt es jede mögliche Art des Verhaltens NPM gegenüber: die sachlich darstellend (Theo Haldemann) oder die polemisch (Peter Hablützel) geäusserte Begeisterung, die pragmatische (Jris Bischof), die pragmatisch positive (Peter Tschanz) und die pragmatisch kritische (Barbara Geiser, Hans-Jakob Mosimann) Annäherung, die Skepsis der Theoretiker (Peter Knoepfel) und die Skepsis der PraktikerInnen (Regine Aeppli, Remo Gysin), die totale Ablehnung (Hanspeter Uster, der links-grün-sozialistische Polizeidirektor im reichen Kanton Zug). Sie alle kommen in diesem Heft zu Wort, Peter Hablützel und Peter Tschanz allerdings nur mittelbar, indem sie in dem in der Rubrik «Bücherwelt» vorgestellten Standardwerk über NPM als Herausgeber (Hablützel) und mit prominenten Beiträgen erscheinen. In unserer Geschichtsrubrik «Chronos» leuchtet Peter A. Schmid den als Alternative zum feudalen Ständestaat geschaffenen Beamtenstaat ideologiegeschichtlich und ideologiekritisch von Karl Marx bis Max Weber aus.

Unser Themenheft zum NPM greift in dem Augenblick in die Diskussion ein, in dem in verschiedenen Gemeinden und Kantonen und auch beim Bund verschiedene Konzepte und Modelle von NPM vorbereitet und erprobt werden. Ob dies sozusagen heimlich geschieht wie bei dem von Regine Aeppli beschriebenen ETH-Gesetz von 1991, oder mit öffentlichen Fanfarenstössen wie im Kanton Zürich, ob in Zusammenarbeit mit Parlament und Verwaltung wie in der Stadt Bern oder über die Köpfe der Beteiligten hinweg wie bisher im Kanton Aargau – wir kommen nicht darum herum, diese neue Form der Herrschaft, wie Max Weber die Verwaltung bezeichnet hat, ins Auge zu fassen und möglichst in den Griff zu bekommen.

Die Redaktion